



# Einwohnergemeinde Dornach

## Amtsperiode 2013 - 2017

### GEMEINDEVERSAMMLUNG

Datum: 30. Januar 2014

Beginn: 20.20 Uhr

Schluss: 23.25 Uhr

**Protokoll Nr.: 18**

Aktenzeichen-Nr.: 92 - 94

---

### Büro der Gemeindeversammlung

#### Vorsitzender:

Gemeindepräsident Christian Schlatter

#### Protokollführer:

Gemeindeschreiberin Karin Amhof

#### Stimmenzähler:

(Name/Vorname/Geb. Jahr)

1. Rolf Wild, 1962
2. Grob Daniel, 1970
3. Helfenstein Regine, 1958
4. Grossenbacher Daniel, 1970
5. Kilcher Urs, 1955
6. Müller Roland, 1960
7. Pannier Claudia, 1966
8. Bremgartner Peter, 1955

#### Versammlungslokal:

Turnhalle der Schulanlage "Bruggweg",  
Bruggweg 72

#### Zahl der anwesenden

#### Stimmberechtigten:

1. Zählung : 548
2. Zählung : 500

#### Traktandenliste:

(siehe nächste Seite)

Sie wird genehmigt und liegt  
diesem Protokoll bei.

#### Protokollgenehmigung:

Das vom GV-Büro genehmigte Protokoll vom  
11. Dezember 2013 liegt heute zur Einsicht-  
nahme auf.

#### Berichterstattung:

Zu jedem Traktandum wird namens des Gemeinderates Bericht erstattet. Kurzberichte sind, wie üblich, im amtlichen Publikationsorgan "Wochenblatt" erschienen. In vervielfältigter Form liegt die Einladung und das Budget vor und konnten, zusammen mit weiteren GV-Unterlagen, auf der Gemeindeverwaltung eingesehen resp. bezogen werden. Beim Eingang der Versammlung liegen diese Unterlagen ebenfalls auf und während der Sitzung werden Budgets verteilt.

---

---

Gemeindepräsident Christian Schlatter heisst alle Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie die Presse zur heutigen Gemeindeversammlung herzlich willkommen. Er eröffnet die Gemeindeversammlung mit den folgenden Worten:

Sie haben es sicherlich auch schon gehört – die Werbung eines der grössten Einrichtungshäuser: „Wohnst Du noch, oder lebst Du schon“? An diesen Werbeslogan musste ich denken, als ich mir nochmals überlegte, wieso wir eigentlich die Steuern anheben sollten. Lassen Sie mich das erklären.

Natürlich geht es heute Abend erneut in erster Linie um die Anhebung des Steuerfusses. Wir werden noch einmal über Kosten, Einsparungen, Projekte und verschiedene Zahlen und Prozentpunkte sprechen. Aber eigentlich sprechen wir über die Zukunft von Dornach - dem Dorf in dem wir leben, unsere Kinder zur Schule schicken, vielleicht selbst hier zur Schule gegangen sind, wo wir unsere Freizeit verbringen, wo wir uns treffen, einkaufen, Geld verdienen – dem Ort also, wo wir einen grossen Teil unseres Lebens verbringen.

Es geht letztlich darum, ob wir ein Dornach wollen, das auch in Zukunft attraktiv bleibt für seine Einwohner. Ein Dorf, das sich entwickelt, Dinge anpackt, sein Schicksal in die eigene Hand nimmt. Und sich nicht fürchtet vor den Dingen, die da kommen mögen - sondern bereit ist zu leben; jetzt und in der Zukunft. Getreu dem Motto „Wohnst Du noch oder lebst Du schon“.

Sie können sich also vorstellen, wie enttäuschend für mich die vergangene Gemeindeversammlung war. Es ist dem Gemeinderat und mir nicht gelungen, die Mehrheit unter den Versammelten davon zu überzeugen. So wurden beispielsweise bei der Eintretensdebatte bereits Steuerfuss und Sparmassnahmen thematisiert, was fehl am Platze war.

Es lag aber meines Erachtens auch daran, dass in der Diskussion die sachlichen Argumente nicht genügend Raum erhielten. Ich wurde den Eindruck nicht los, dass vorgefasste Meinungen und politische Ausrichtung uns daran hinderten, wirklich miteinander zu sprechen.

Lassen Sie mich also nochmals zusammenfassen, wieso wir die Mehreinnahmen der Gemeinde brauchen.

- Wir brauchen wegweisende Projekte um mit den gesellschaftlichen Entwicklungen mitzuhalten. Dies sind unter anderem die Einführung des Kita-Konzepts, die kreative Planung des Weidenareals sowie die vorausschauende Ortsplanung.
- Wir brauchen eine funktionierende Infrastruktur – von ihr profitieren die Haushalte und Unternehmen täglich.
- Wir müssen eine Antwort finden auf die erhöhten Kosten im Bereich der Schule und der Heimplatzierungen.

Fassen wir also den Mut, steuern wir etwas dazu bei, dass wir nicht nur wohnen in unserem Dornach, sondern auch darin leben.

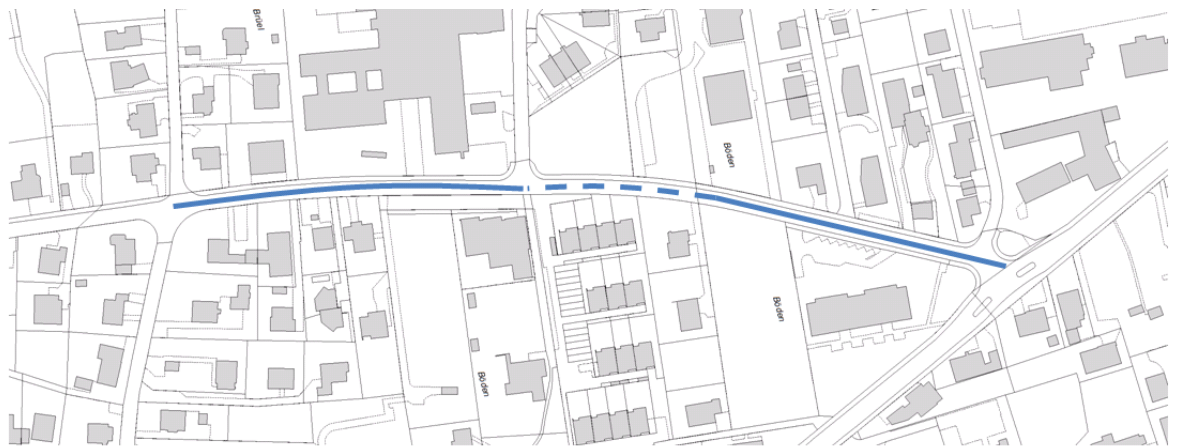
Die Traktandenliste wird wie folgt genehmigt:

<b>TRAKTANDENLISTE</b>
------------------------

- 92. Ersatz Wasserleitung Gempenring**
  - 93. Budget 2014**
  - 94. Verschiedenes**
- 
-

Ersatz Wasserleitung Gempenring

**Berichterstattung:** Im Jahr 2013 wurde ein erstes Teilstück der Wasserleitung im Gempenring nach zwei grossen und teuren Wasserleitungsbrüchen ersetzt. Nun sollen die Teilstücke Nord mit Ø200 (vom Bruggweg bis zur evang. Kirche) und das Teilstück Süd mit Ø300 (vom Schulhaus Brühl bis Oberer Brühlweg) - beide aus dem Jahr 1961 - ersetzt werden. Auf den erwähnten Abschnitten sind auch schon mehrere Leitungsbrüche entstanden und mit weiteren Leitungsbrüchen muss gerechnet werden. Handlungsbedarf ist unbestritten.



- Teilstücke Nord und Süd geplant  
- - - Teilstücke bereits ersetzt (2013)

Projekt

Die komplette Wasserleitung mit einer Gesamtlänge von 345 Meter, die Hausanschlüsse bis an die Parzellengrenze sowie ein Hydrant sollen erneuert werden. Der Wasserleitungersatz erfolgt im gleichen Trasse wie die bestehende Leitung. Als Ersatz für die bestehende Guss-Wasserleitung sind FZM-Rohre (Faserzementmörtel-Umhüllung) mit der Wanddickenklasse K9 und BLS-Steckmuffenverbindung vorgesehen.

Kosten

Aufgrund der Kostenermittlung durch das zuständige Ingenieurbüro beläuft sich die Kostenschätzung (+/- 10%) auf Fr. 488'000.- inkl. MwSt. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Baumeisterarbeiten	Fr.	300'000.-
Sanitärarbeiten	Fr.	145'000.-
Projekt und Realisierung	Fr.	20'000.-
Diverses und Unvorhergesehenes	Fr.	23'000.-
<b>Total</b>	<b>Fr.</b>	<b>488'000.-</b>

Ein Beitragsgesuch bei der Solothurnischen Gebäudeversicherung wurde bereits gestellt und ist in Bearbeitung. Es wird mit einem Beitrag von Fr. 50'000.- gerechnet. Die Netto-Investitionen belaufen sich somit auf ca. Fr. 438'000.-.

Fahrplan

Der Baubeginn wird auf Ende Frühling angesetzt und die Bauzeit beträgt rund 3 Monate.

**Eintreten:** Zum Eintreten wird das Wort nicht verlangt.

**Detailberatung:** Es ist keine Wortmeldung festzustellen.

**:||: Beschluss:** Mit wenigen Gegenstimmen wird beschlossen:

1. Dem Ersatz der zwei Teilstücke Nord und Süd der Wasserleitung im Gempenring wird zugestimmt.
2. Zu Lasten der Investitionsrechnung wird ein Brutto-Kredit von Fr. 488'000.- genehmigt. Die Finanzierung erfolgt aus eigenen Mitteln.
3. Der Gemeinderat ist mit dem Vollzug zu beauftragen.

---

PROTOKOLLAUSZUG an:

- Bauverwaltung
- Bau-/Werk- u. Planungskommission
- Finanzverwaltung
- Gemeindepräsidium

### Budget 2014

**Berichterstattung:** Bevor der Finanzverwalter mit den Erläuterungen beginnt, erklärt der Vorsitzende den Ablauf dieses Traktandums.

1. Einleitung: Ausführungen zum Budget
2. Eintretensdebatte
3. Detailberatung (das Budget im Detail)
4. Beschlussfassung
  - Steuerfuss
  - Investitionen
  - Budget und Teuerung

Gregor Minzer begrüsst die Einwohnerinnen und Einwohner. Er erläutert die wichtigsten Punkte zum Budget 2014:

	Budget 2014	Budget 2013
<b>Laufende Rechnung</b>		
Aufwand	43'819'600.00	41'426'700.00
Ertrag	42'735'400.00	39'748'100.00
Aufwandüberschuss	-1'084'200.00	-1'678'600.00
<b>Investitionsrechnung</b>		
Einwohnergemeinde	2'453'500.00	2'221'600.00
GGA	53'000.00	121'000.00
Wasserversorgung	480'000.00	727'000.00
Abwasserbeseitigung	80'000.00	530'000.00
Total	3'066'500.00	3'599'600.00

Sie sehen das Ergebnis der Laufenden Rechnung des Voranschlags 2014 Variante II. Das Resultat, d.h. der budgetierte Verlust, ist jetzt neu bei Fr. 1'084'200.-. Dieses Resultat beinhaltet auch die vom Gemeinderat vorgeschlagene Steuererhöhung. Diese ist Teil des Budgetantrages und schlägt sich somit positiv im Resultat nieder.

Die Investitionsrechnung zeigt Nettoinvestitionen in der Höhe von Fr. 3 Mio. Somit sind Netto-Investitionen im Voranschlagsjahr in einer Höhe budgetiert, wie es etwa der Durchschnitt der letzten Jahre ist.

	Budget 2014	Budget 2013	Abweichung	
			CHF	%
<b>AUFWAND</b>	<b>43'819'600</b>	<b>41'426'700</b>	<b>2'392'900</b>	
30 Personalaufwand	12'224'500	11'539'000	685'500	5.9
31 Sachaufwand	4'196'700	4'346'000	-149'300	-3.4
32 Passivzinsen	105'100	110'100	-5'000	-4.5
33 Abschreibungen	1'589'200	1'294'900	294'300	22.7
35 Entschädigungen an Gemeinwesen	4'432'200	3'775'300	656'900	17.4
36 Eigene Beiträge	18'521'400	17'784'100	737'300	4.1
38 Einlagen in Spezialfinanzierungen	321'500	304'300	17'200	5.7
39 Interne Verrechnungen	2'429'000	2'273'000	156'000	6.9

- 30 Personalaufwand: Höhere Personalkosten durch die temporäre Stellenaufstockung in der Sozialregion und die Erhöhung der Lektionenzahlen in der Schule sowie der Stufenanstieg bei den Lehrern und der Verwaltung ist hier enthalten.
- 31 Sachaufwand: Senkung wurde durch die Sparmassnahmen und die Vorgaben des Gemeinderates bei der Budgetierung erreicht.
- 33 Abschreibungen: Höhere Abschreibungen durch die Auflösung der Vorfinanzierung Strassen in der Höhe von Fr. 434'000.- sind entstanden. Dies ist aber erfolgsneutral.
- 35 Entschädigungen: Mehrkosten für die Leistungen an die Sozialregion sind enthalten. Dornach zahlt rund Fr. 3.34 Mio. also Fr. 522'000.- mehr als im Vorjahresbudget.
- 36 Eigene Beiträge: Die Abweichung, verursacht durch die Beiträge an den Kanton für die Mittelschüler (plus Fr. 200'000.-), der Lastenausgleich der Sozialkosten und die Zahlungen an die Sozialhilfebezüger sind in diesem Bereich aufgeführt.

	Budget 2014	Budget 2013	Abweichung CHF	%
<b>ERTRAG</b>	<b>42'735'400</b>	<b>39'748'100</b>	<b>2'987'300</b>	
40 Steuern	20'013'600	18'327'600	1'686'000	9.2
41 Regalien und Konzessionen	180'400	180'000	400	0.2
42 Vermögenserträge	263'500	1'370'700	-1'107'200	-80.8
43 Entgelte	6'505'500	6'038'100	467'400	7.7
45 Rückerstattungen Gemeinwesen	10'551'800	8'877'000	1'674'800	18.9
46 Beiträge	2'023'000	2'473'900	-450'900	-18.2
48 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	768'600	207'800	560'800	269.9
49 Interne Verrechnungen	2'429'000	2'273'000	156'000	6.9

- 40 Steuern: Hier ist die Steuererhöhung budgetiert. Dies macht bei den nat. Personen Fr. 917'400.- und bei den jur. Personen Fr. 61'200.- aus; also im Total Fr. 978'600.-.
- 42 Vermögenserträge: Letztes Jahr ergab die Auflösung der Vorfinanzierung Bahnhofplatz einen Buchgewinn von Fr. 1. Mio., welcher dieses Jahr fehlt
- 43 Entgelte: Mehrertrag durch höhere Rückerstattungen in der Sozialhilfe sind budgetiert (Versicherungen und von Privaten).
- 45 Rückerstattungen Gde: Die Mehraufwendungen in der Sozialregion werden in dieser Position ausgeglichen. Somit sind auch mehr Rückerstattungen durch die 11 Vertragsgemeinden zu erwarten.
- 46 Beiträge: Der Kantonsbeitrag für die Kosten der Pflegefinanzierung in der Höhe von Fr. 650'000.-, war im 2013 budgetiert, wird aber durch die Änderung des Abrechnungsverfahrens wegfallen (vorher sind Zahlungen von uns direkt an die Heime erfolgt und eine Rückerstattung ist vom Kanton bezahlt worden / neu geht alles über den Kanton und wir erhalten eine Rechnung für unsern Anteil).
- 48 Entnahmen: Hier wird die Differenz der Auflösungen der Vorfinanzierung aufgezeigt. Im 2014 werden Fr. 434'000.- und der Verlust der SF Wasser der dieses Jahr höher ist, budgetiert.

# Einwohnergemeinde Dornach

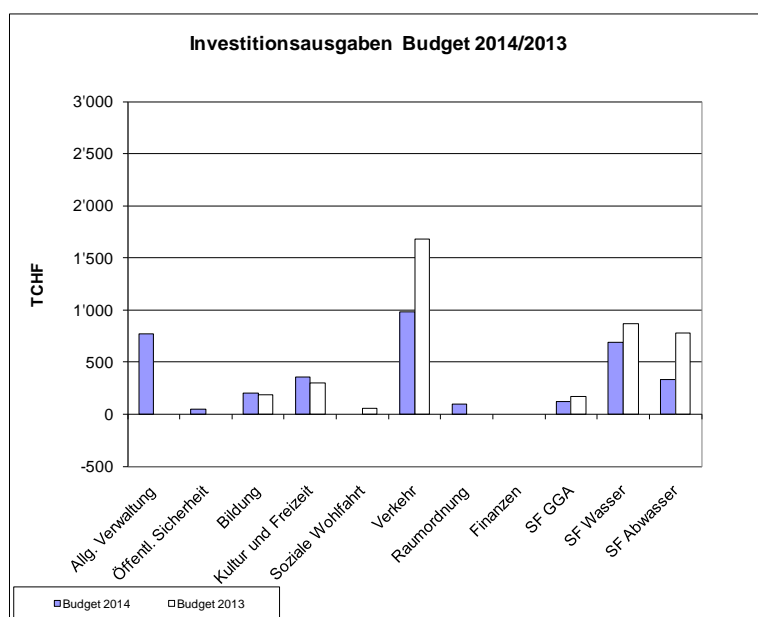
## Protokoll der Gemeindeversammlung

Protokoll Nr. 18 / Seite 8

vom 30. Januar 2014

	Budget 2014	Budget 2013	Abweichung CHF	%
<b>Bruttoaufwand nach Funktionen</b>	<b>43'819'600</b>	<b>41'426'700</b>	<b>2'392'900</b>	
0 Allgemeine Verwaltung	5'019'400	4'979'100	40'300	0.8
1 Öffentliche Sicherheit	792'300	906'900	-114'600	-12.6
<b>2 Bildung</b>	<b>9'473'900</b>	<b>9'009'600</b>	<b>464'300</b>	<b>5.2</b>
3 Kultur und Freizeit	955'000	1'112'500	-157'500	-14.2
4 Gesundheit	339'500	353'300	-13'800	-3.9
<b>5 Soziale Wohlfahrt</b>	<b>20'469'800</b>	<b>18'760'200</b>	<b>1'709'600</b>	<b>9.1</b>
6 Verkehr	2'091'900	2'155'200	-63'300	-2.9
7 Umwelt und Raumordnung	2'792'800	2'746'400	46'400	1.7
8 Volkswirtschaft	106'200	120'100	-13'900	-11.6
9 Finanzen und Steuern (Abschreibungen)	1'778'800	1'283'400	495'400	38.6

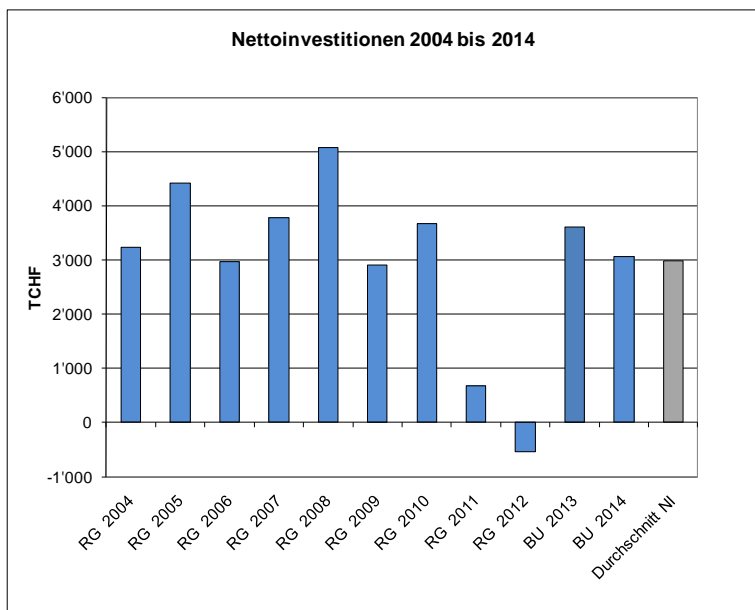
Hier die Kostentreiber Bildung (Löhne und Beitrag für Mittelschüler) und Soziales (temp. Angestellte, welche das Lohnbudget belasten. Bei der Funktion 9 beinhaltet die Steigerung die Abschreibungen auf Steuern und der Auflösung der Vorfinanzierung.



Aus dieser Folie ist ersichtlich, in welchen Bereichen im nächsten Jahr Investitionen geplant sind:

Allg. Verwaltung: Sanierungen am Verwaltungsgebäude und Planung Erweiterung/Umbau Verwaltung  
 Sicherheit: Kauf Feuerwehrauto  
 Bildung: Schluss Projekt ICT  
 Kultur: Beitrag an neues Theater am Bahnhof und  
 Verkehr und SF: Strassenprojekte mit den jeweiligen Werksleitungen.





Wie bereits erwähnt, bewegt sich das Investitionsvolumen neu in der Grösse der durchschnittlichen Nettoinvestition der vergangenen Jahre mit Fr. 2.985 Mio., d.h. knapp unter 3 Millionen.

### Selbstfinanzierung (cash flow)

Abschreibungen VV (ordentliche und zusätzliche)	1'100'200
Aufwandüberschuss	-1'084'200
Saldo Vorfinanzierungen	-434'000
Saldo Spezialfinanzierungen	-23'100
<b>Selbstfinanzierung</b>	<b>-441'100</b>

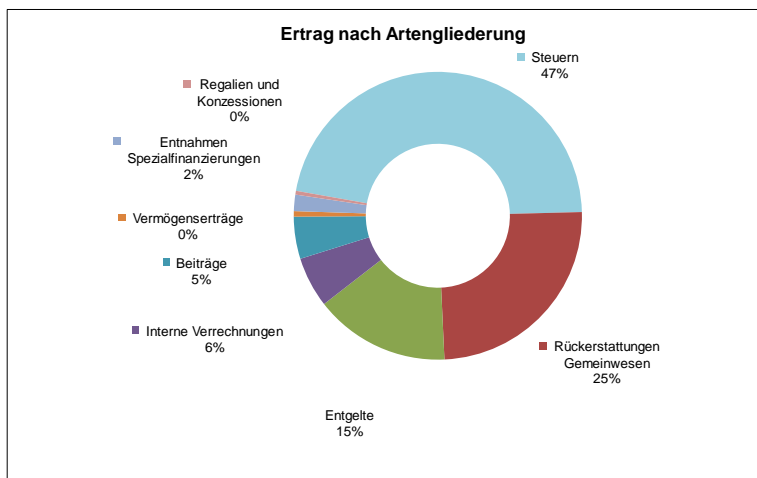
### Selbstfinanzierungsgrad

Nettoinvestitionen	3'066'500
Selbstfinanzierung	-441'100

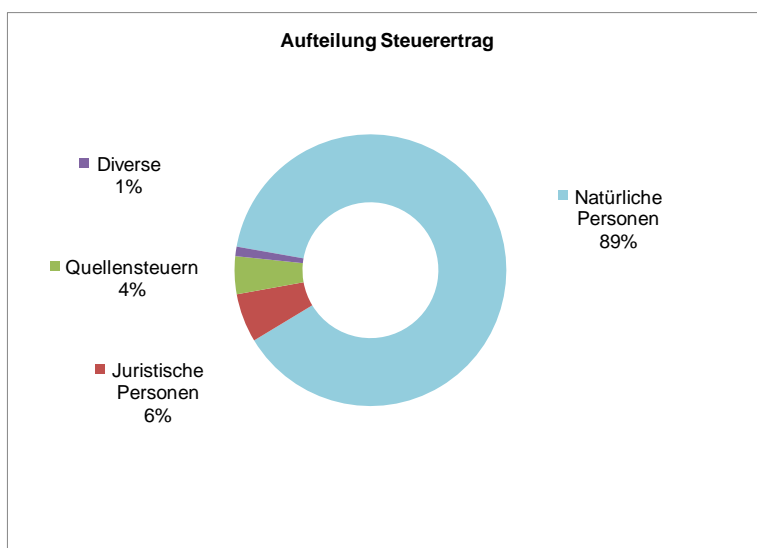
**Selbstfinanzierungsgrad in %** **-14.38**

Selbstfinanzierung\*100/Nettoinvestitionen

Die Berechnung der Selbstfinanzierung ergibt einen anderen Wert als in der Budget-Variante I, da die Abschreibungen tiefer und der Saldo aus den Selbstfinanzierungen tiefer sind. Somit haben wir neu eine Selbstfinanzierung von negativen Fr. 441'100.- (Differenz von Fr. 57'400.-) und ins Verhältnis zu den Nettoinvestitionen gesetzt, ergibt dies einen Selbstfinanzierungsgrad von minus 14.38 Prozent (vorher -9.7) und somit ist ein Finanzierungsfehlbetrag von Fr. 3'507'600.- vorhanden.



Die Gemeinde hat verschiedene Einnahmen. Diese bestehen zu 47% aus Steuern, zu 25% aus Rückerstattungen (Ausgleichszahlungen der SR), aus Entgelten zu 15% (wie Wasser-/ Abwasser) und aus Beiträgen zu 5%, wie die des Kantons an die Lehrerbesoldung.



Die Aufteilung des Steuerertrages: Die Gemeinde Dornach finanziert sich zu knapp 90% über die Steuern der natürlichen Personen.

Der Finanzverwalter übergibt das Wort dem Gemeindepräsident:

### **Vorstellung und Eintretensdebatte**

Der Gemeindepräsident blickt zurück auf die Erläuterungen und Ergänzungen des Gemeinderates. Nach der ersten Budgetversion sind Aufwände reduziert, beantragte Steuererhöhung beraten, Massnahmen wie Kürzungen und Verzicht von weiteren Ausgaben vorgenommen und wichtige Geschäfte verschoben worden. So liegt nun die 2. Version des Budgets 2014 heute vor. Nach dem Entscheid der Gemeindeversammlung nicht auf die Budget-Vorlage einzutreten, hat der Gemeinderat die Aufforderung, die Ausgaben weiter zu senken, ernst genommen und zusätzliche Kürzungen in der Höhe von Fr. 326'000.- vorgenommen. Unter anderem wurde nochmals beim Personal- und Sachaufwand reduziert sowie Beiträge an Institutionen gekürzt. Zum

Opfer fielen Beiträge an die Rudolf Steiner Schule, das Theater Basel, das Kloster Dornach und die Auslandhilfe. Auch soll dieses Jahr das Schwimmbad geschlossen bleiben, was eine Einsparung von Fr. 100'000.- zur Folge hat. Das alles sind Vorschläge des Gemeinderates, die im Anschluss bei der Detailberatung noch diskutiert werden können.

Durch die kurzfristig angemeldeten weiteren Forderungen des Kantons im Bereich der Bildung (Mittelschulgesetz) mussten zusätzliche Ausgaben in der Höhe von Fr. 198'000.- ins Budget aufgenommen werden, wodurch sich der effektive Einsparungserfolg auf Fr. 128'000.- schmälerte. Es werden weitere Anstrengungen unternommen. Einer der beiden grössten Kostentreiber ist die Schule (Ausgaben: rund Fr. 9,5 Mio., Erträge rund Fr. 1,6 Mio. Netto Dornach: rund Fr. 7,9 Mio.). Dies hat folgende Gründe:

- Löhne: Klassenstunden Kindergarten & Deutsch als Zweitsprache
- Spezielle Förderung
- Mittelschulgesetz
- Logopädie
- ICT

Der zweite Kostentreiber ist das Sozialwesen. Hier besteht eine spezielle Situation, d.h. Dornach ist Leitgemeinde von 11 Gemeinden, die sich im Bezirk per Vertrag zusammengeschlossen haben. (Aufwand: Fr. 20,5 Mio., Erträge Fr. 14,5 Mio., Netto Dornach: rund 1/3, also Fr. 6 Mio.) Hinter der Kostensteigerung rund um die Sozialregion stehen zwei Hauptgründe: die allgemeinen Entwicklungen im Sozialwesen und die dringend nötige Reorganisation der Sozialregion Dorneck. Die Professionalisierung hat u.a. dazu geführt, dass die Kosten seit der Volksabstimmung aus dem Jahre 2005 gestiegen sind. Es mussten per Kantonsbeschluss Sozialregionen gebildet werden; Dornach hat das Modell der Leitgemeinde gewählt. Somit haben wir sozusagen das letzte Wort, rechtlich gesehen, doch ist hier der Solidaritätsgedanke wichtig und wir können nicht einfach Kosten den anderen 10 Gemeinden aufbrummen. Im Vertrag geregelt sind die Organisation und die Struktur. Die Einführung von Sozialregionen erwies sich kantonsweit als äusserst schwierig. Neue Aufgabengebiete, Abläufe und stetig ändernde gesetzliche Grundlagen setzten den Sozialregionen zu. Auch mit der Umsetzung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB), welche letztes Jahr in der ganzen Schweiz die Vormundschaftsbehörden ablösten, wurde Neuland betreten. Auch diese Professionalisierung bringt eine Teuerung mit sich. All dies hat dazu geführt, dass personell und räumlich ständig Anpassungen erfolgen.

### **Laufende Aufgabenüberprüfung**

Der Gemeinderat hat einen grossen Katalog an über 100 Massnahmen zusammengetragen, welche über verschiedene Zeithorizonte abzuklären sind. Einige sind bereits erarbeitet und umgesetzt, doch diese bringen nicht sehr viel Ertrag. Es wurde z.Bsp. die Vereinheitlichung der Parkplatzgebühren, die Streichung der Altersmarken für die Pensionierten, der neue Vertrieb des Dornacher Weins oder die Reduktion der GAs auf 2 (von 4) vorgenommen. Grössere Einsparungen können erst vorgenommen werden, wenn die Grundlagen vorliegen und eine solide und damit eine gründliche Überprüfung der Aufgaben möglich ist. Abklärungen im Bereich Bildung (z.Bsp. Partnerschaften mit Nachbargemeinden) sind aufgegleiste Kosten zu reduzieren, durch die schweizweite Einführung von HARMOS sind jedoch keine kurzfristigen Entscheidungen möglich.

Die Reorganisation der sozialen Dienste stellt einen weiteren Schwerpunkt dar: Aufarbeitung von Altlasten, Einführung von Prozessen und Strukturen und Aufbau der Gesetzesanpassungen. Anpassungen und Überprüfungen im Bereich der kommunalen Infrastruktur, aber auch der allgemeinen Verwaltungstätigkeiten: Hier wird zur Zeit die Erarbeitung der Stellen- und Funktionsbeschreibungen abgeschlossen, wo allfällige Veränderungen vorgenommen werden können.

Auch scheinbar einfach überblickbare Gemeindeaufgaben, weisen eine Vielzahl von Abhängigkeiten auf. So würde z.Bsp.

- eine Schliessung der Schwimmhalle Probleme mit dem Angebot des Schulsportes gemäss Lehrplan und der Vereine auslösen.
- eine Kürzung des Angebots an Sportanlagen Konsequenzen für Vereine und damit verbunden die Jugendförderung haben.
- die Überprüfung des Angebots des Jugendhauses, welche eine wichtige Anlaufstelle für Jugendliche ist, Folgekosten verursachen.

Die Überprüfung solcher Anliegen benötigt solidere Abklärungen und dauert entsprechend.

So sind verschiedene Aufgaben anzugehen, welche noch der ‚alte‘ Gemeinderat priorisiert hat.

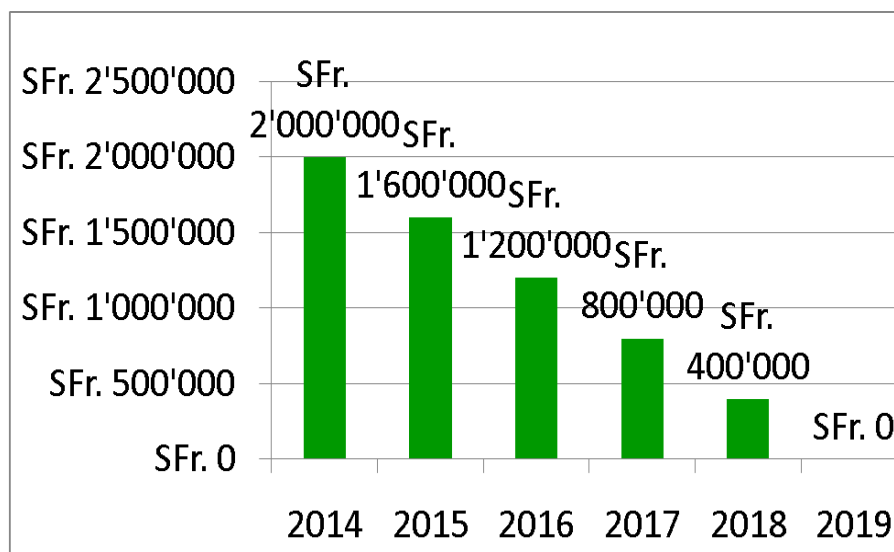
### Finanzplanung und Finanzplan

Der Finanzplan beantwortet die Frage: Wie sollen wir mit unseren Finanzen in den nächsten 4-5 Jahren umgehen?

Aus finanzpolitischer Sicht gibt es drei verschiedene Steuerungsmöglichkeiten

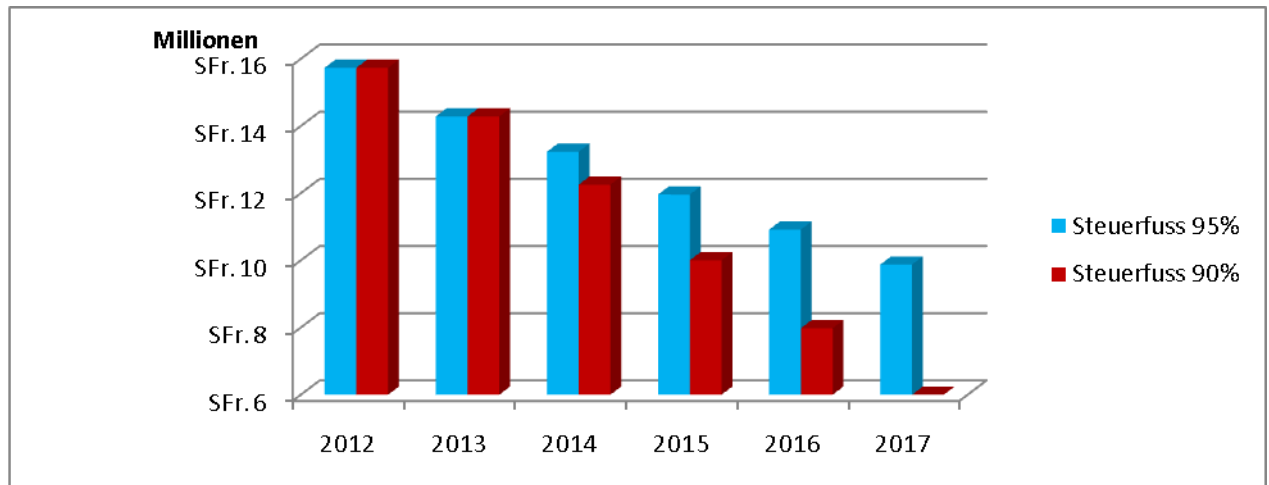
- Ausgaben reduzieren (z.Bsp. Leistungen abbauen, Kosten kürzen)
- Einnahmen erhöhen (Steueranpassungen)
- Investitionen planen und terminieren

Die Finanzplanungskommission hat zum Plan Stellung genommen und kommt zum Schluss, dass Dornach mit einem Eigenkapital per Ende 2013 mit Fr. 13.2 Mio. Franken gut dasteht. Die Kantonale Empfehlung lautet, dass die Eigenmittel mind. 1/3 der Steuereinnahmen (d.h. Fr. 6-7 Mio.) sein sollten. Die Finanzplanungskommission hält fest, dass bei einem jährlichen Budgetdefizit von rund Fr. 400'000.- das Eigenkapital voraussichtlich im Jahr 2019/20 auf dem vom Kanton empfohlenen Betrag ist. Es ist somit ein ausgeglichenes Budget zu erreichen, um die kantonale Empfehlung nicht zu unterschreiten. So sind auf der Aufwand- und Ertragsseite Massnahmen vorzuschlagen, um diesen Zustand nicht zu erreichen. Diese Sanierungsmassnahmen müssen rasch umgesetzt werden; je länger nichts gemacht wird, desto grösser ist der Einschnitt.



### Abbau der Eigenmittel bei unterschiedlichen Steuerfüssen

Auf der folgenden Folie werden die beiden unterschiedlichen Steuerfüsse aufgezeigt. Der Abbau der Eigenmittel geht schneller voran, wenn der Steuerfuss auf 90% belassen wird.



Auch bei einem Steuerfuss von 95 % werden Eigenmittel ohne weitere Anstrengungen auf der Ausgabenseite die kantonale Empfehlung unterschreiten. Dem Gemeinderat ist einstimmig klar, dass weitere Massnahmen angegangen werden müssen. Um diese Tendenz zu brechen, muss Dornach das strukturelle Defizit um insgesamt Fr. 1 Mio. reduzieren können.

### Investitionsrechnung

In der Investitionsrechnung des Voranschlagsjahres 2014 sind verschiedene Projekte geplant, auch solche, die in den letzten Jahren auf Grund von Einsprachen oder anderen Verzögerungen nicht in Angriff genommen werden konnten. Folgende grössere Investitionen sind für nächstes Jahr geplant:

- Dachsanierung der Verwaltungsliegenschaft
- Weiterführung des ICT-Projektes
- Beitrag an das Neue Theater am Bahnhof
- Verschiedene Strassenprojekte

Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf Fr. 3'507'600.-.

### Steuerfuss soll angepasst werden

Trotz allen Sparbemühungen verbleibt für 2014 ein Defizit. Weil es sich dabei um ein strukturelles Defizit handelt, welches sich auch im Finanzplan widerspiegelt, empfiehlt der Gemeinderat dringend, den Steuerfuss auf 95 Steuerprozent anzuheben. Im Hinblick auf die anstehenden Grossinvestitionen aus dem Finanzplan und weiteren Kostenumlagerungen vom Kanton auf die Gemeinde (z.Bsp. Ausfinanzierung Pensionskasse) will er das angesparte Eigenkapital nicht zu früh durch einen zu grossen Aufwandüberschuss abbauen.

Bei einer Beibehaltung des Steuersatzes würde gar der Aufwandüberschuss auf über Fr. 2 Mio. klettern.

### Verantwortung Gemeinderat

Der Gemeinderat hat die Pflicht, die Finanzen der Gemeinde im Gleichgewicht zu halten. Andererseits muss er für die nachhaltige Finanzierung der nötigen Gemeindeaufgaben und -projekte

sorgen. Die Bestrebungen des Gemeinderates für den Finanzhaushalt sind vielschichtig. Hier 4 Grundsätze:

1. Die Gemeindefinanzen bleiben gesund.
2. Der finanzielle Handlungsspielraum ist gewährleistet, um die nötigen Investitionen zu tätigen.
3. Die Verschuldung lässt sich in Grenzen halten, damit die Belastung für kommende Generationen erträglich bleibt und
4. Die Steuerlast ist annehmbar und die Gemeinde bleibt attraktiv für Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger.

Die Instrumente des Gemeinderates sind einerseits die Finanzstrategie, wo dieses Jahr sehr intensiv daran gearbeitet wird, und der Finanzplan.

### **Aufgaben & Verantwortung der Gemeindeversammlung**

- Investitionen über Fr. 200'000.- bewilligen
- Festlegen des Steuerfusses
- Genehmigung des Budgets und der Rechnung

### **Weiteres Vorgehen nach der Einleitung**

1. Eintretensdebatte
2. Detailberatung: Erläuterungen zu den Konten und Diskussion, Möglichkeiten für Antragsstellung
3. Separate Beschlussfassung über
  - a) Steuerfuss
  - b) Investitionen
  - c) Laufende Rechnung und Teuerungszulage

**Eintreten:** Der Vorsitzende erkundigt sich, ob es Wortmeldungen zum Eintreten gibt. Daniel Müller meldet sich zu Wort. Obwohl die an der GV am 11. Dezember 2013 beschlossenen Vorgaben nicht erfüllt sind, befürwortet er im Namen der FdP das Eintreten zum Budget 2014. Dies allerdings nur mit dem Auftrag, dass der Gemeinderat verschiedene Positionen zum Budget 2015 korrigieren muss. Insbesondere macht er dazu auf die folgenden Posten aufmerksam:

Seite 4, Pos. 30 Der Personalaufwand ist gemäss Rechnung 2012 zum Budget 2014 um Fr. 941'000.- gestiegen. Diese Summe muss nachvollziehbar sein und bedarf einer dringenden Korrektur.

Seite 18, Pos. 214 Der Aufwand hat um rund Fr. 70'000.- zugenommen und der Ertrag ist gleich geblieben. Warum? Es wird eine Antwort erwartet.

Seite 26, 584.318/  
584.301 / 584.395 Hier sind die Kosten um rund Fr. 600'000.- gestiegen. Solche Erhöhungen können nicht einfach akzeptiert werden.

Der Vorsitzende unterbricht die Wortmeldung und bittet, diese Voten in der Detailberatung vorzubringen. Daniel Müller informiert, dass er nicht mehr lange hat und fährt fort: Ein weiterer Punkt, den er vorlegt, ist das Jugendhaus. Auch hier bittet er den Gemeinderat diese Position auf das Budget 2015 hin genau zu überprüfen.

Felix Gebhardt stellt aufgrund der zahlreich erschienen Personen den Ordnungsantrag, dass zum Eintreten abgestimmt wird, damit in der Detailberatung weiter diskutiert werden kann. Der Vorsitzende bittet somit die Anwesenden, sich nur noch zum Eintreten zu melden. René Umher weist auf die Homepage hin, wo unter dem Titel Gemeindeordnung steht: 'Die oberste Instanz in unserer Gemeinde sind die stimmberechtigten Einwohnerinnen und Einwohner'. An der GV vom

11.12.2013 ist der Souverän, d.h. die oberste Instanz, nicht auf das Budget 2014 eingetreten und hat dem Gemeinderat den Auftrag erteilt, ½ Mio. Franken einzusparen. Jetzt 7 Wochen später muss er feststellen, dass der damalige Auftrag nicht wahrgenommen wurde. So wurde das Anliegen nicht ernst genommen und die Bevölkerung hinter das Licht geführt; d.h. der Gemeinderat hat seinen Job nicht ernst genommen. Es ist auch nicht sinnvoll, das vorliegende Budget nochmals zurückzuweisen, doch ist in der folgenden Detailberatung die eine oder andere Änderung vorzunehmen. Albert Massmünster ist keiner politischen Partei verpflichtet, doch hat er einen guten Menschenverstand. Er stellt fest, dass unsere Behörde seit Wochen über das finanzielle Desaster Bescheid weiss und dass der Gemeinderat erst jetzt Kostensenkungen gemacht hat, welche u.a. Positionen, wie das Schwimmbad und die Rudolf Steiner-Schule betreffen. Dies sind garantierte Positionen, wo berechnete Gegenstimmen da sind und dem bestimmt nicht zugestimmt wird. Die Behörden aber können sich nicht zurücklehnen und keine Sparübungen vollziehen. Andernfalls werden in den nächsten Jahren happige Steuererhöhungen folgen und in 4 Jahren werden wir bei rund 120% landen, obwohl bereits heute ein finanzielles Desaster vorliegt. Was hat der Rat bis heute gemacht? Es hätten heute konkrete Vorschläge für einschneidende Massnahmen vorliegen sollen, wo die Versammlung abstimmen könnte. Er hätte einige Punkte vorzuschlagen, doch erwähnt er nur die Effizienz der Verwaltung die zu prüfen ist. Es gibt Controller oder der Finanzverwalter, die bestimmt Einsparungen sehen. Doch bei diesem Punkt macht man sich natürlich unbeliebt, siehe ‚Gartenbad Glungge‘. Er persönlich ist enttäuscht, deshalb kann er mit allen Konsequenzen der Eintretensdebatte nicht zustimmen. Er stellt entsprechend Antrag auf Nichteintreten. Da von den Anwesenden das Wort nicht mehr verlangt wird, kommt der Vorsitzende zur Abstimmung:

⇒ Eintreten wird mit wenigen Gegenstimmen beschlossen.

**Detailberatung:** Christian Eifler hat sich viele Gedanken zum Budget gemacht und ist nicht zufrieden mit den Einsparungen, die der Gemeinderat vorschlägt. Er ist auch enttäuscht über den Kanton, der gewisse Vorgaben macht. Er würde deshalb gerne aus dem Kanton Solothurn aussteigen, was ja bekanntlich nicht möglich ist. Er hat einige Zahlen zusammengestellt, die er vorstellt: Dornach hat rund 6'700 Einwohner und so bezahlt jeder eine Steuer von ca. Fr. 2'700.-. Die vorgeschlagene Steuererhöhung um 5% heisst, dass jede Einwohner/in im Durchschnitt Fr. 135.- mehr bezahlt. Diese Erhöhung der Steuern ist erheblich zu niedrig, wenn gleichzeitig auf Nichts verzichtet wird, was man sich so nicht leisten kann. Er erwartet heute viele Anträge über Budgetkürzungen, so würde er u.a. anregen z.Bsp. die Sozialregion als Spezialfinanzierung aus der Rechnung zu nehmen, um das Budget für Dornach transparenter zu zeigen. So redet man im Budget der Gemeinde Dornach in Wirklichkeit von etwa Fr. 24 Mio. davon Fr. 1 Mio. Defizit, was eine Steuererhöhung von rund 4% ausmacht. Dies ist keine nachhaltige Finanzpolitik. Wie zu Beginn der Sitzung vom Gemeindepräsidenten und Finanzverwalter erläutert wurde, gibt Dornach im Jahr rund Fr. 15.5 Mio. für die Bildung und die Soziale Wohlfahrt aus. Nur diese beiden Posten haben in den letzten 5-6 Jahren um je 5%, d.h. Fr. 750'000.-/Jahr zugenommen und eine Trendwende ist nicht in Sicht. Somit wird jede Einsparung um Fr. 500'000.-, die an der GV beschlossen wird, im Folgejahr ein Defizit von Fr. 250'000.- ergeben, ohne die zusätzliche Kostensteigerung. Und hier hat die Gemeinde keinen Einfluss. Er gibt dies zu bedenken, wenn heute Anträge gestellt und diskutiert werden. Er wird deshalb heute Abend bei jedem Bereich einen Antrag stellen, bei dem 10% der Kosten eingespart werden.

Der Finanzverwalter, Gregor Minzer, informiert, dass er nun zu jedem Bereich, bei einzelnen Konten, Erläuterungen macht, so dass er dann das Wort dem Präsidenten zurückgibt, wo alle Einwohner/innen Fragen und Anträge stellen können, bevor er zu einem weiteren Bereich kommt. Er startet mit der Position 0, d.h. **Allgemeine Verwaltung:**

- 
- 012.319.00 Beim Kredit des Gemeinderates wurden Fr. 7'500.- gestrichen
- 020.310.00 Hier ist nicht mehr Büromaterial budgetiert worden, sondern der Druck des Dornacher Infokalender in Höhe von Fr. 10'000.-, in dieser Position aufgeführt. Vorher war dies unter Konto 780.310.00 enthalten.
- 020.318.09 Hier ist der Aufwand zur regionalen Zusammenarbeit der Birsstadt-Gemeinden budgetiert.
- 020.490.00 Die interne Verrechnung für Leistungen, welche die Verwaltung für die Sozialregion erbringt, wurde von Fr. 72'000.- auf Fr. 100'00.- erhöht.

Die Schweiz ist als Milizgesellschaft gross und stark geworden, wo sich die Bevölkerung einbringt und sich engagiert. Deshalb beantragt Christian Eifler, wie bereits erwähnt, die Sitzungsgelder und die Aversalentschädigungen des Gemeinderates und Kommissionen sowie der Bau-/Werk- u. Planungskommission ersatzlos zu streichen.

⇒ Die Versammlung lehnt diesen Antrag mit grossem Mehr ab.

René Umher sieht, dass die Aversalentschädigungen um gesamthaft 10% gekürzt wurden. Da auch bei anderen Positionen, wie auch bei der ‚Glungge‘ Kürzungen vorgenommen worden sind, beantragt er, dass nicht nur bei der Aversalentschädigung sondern auch im gesamthaften Budget, bei allen Positionen ‚Sitzungsgeld, Sold und andere Entschädigungen‘ 10% zu sparen sind. Dies bringt gesamthaft Fr. 30'000.- ein.

⇒ Mit 215 zu 201 Stimmen wird dieser Antrag abgelehnt.

Ein weiterer Antrag wird von René Umher gestellt: Bei der Position 012.319.00 (Kredit des Gemeinderates) hat der Gemeinderat den Betrag bereits von Fr. 67'500.- auf Fr. 60'000.- gekürzt, hier sind weitere Fr. 30'000.- einzusparen. Der Vorsitzende informiert, dass der Rat in den letzten 2 Jahren diese Positionen von Fr. 75'000.- auf Fr. 60'000.- gekürzt hat. Dieses Konto steht dem Gemeinderat zur Verfügung um ausserordentliche Aufträge zu vergeben und Aufgaben zu erledigen, wo sonst kein Budgetposten zur Verfügung steht. Patrick Meier präzisiert, dass dieses Geld nicht an den Gemeinderat selber geht, d.h. Essen oder ähnliches, sondern es sich um Ausgaben handelt, wie die Unterstützung von Projekten und spezielle Anliegen, wo flexibel und kleine Beträge ausgegeben werden können.

⇒ Mit grossem Mehr wird dieser Antrag abgelehnt.

Zum Aufwand von Fr. 20'000.- beim Konto 020.318.04 ‚externe Dienstleistungen GP‘ sieht René Umher, dass in der Rechnung 2012 dieser Aufwand nicht aufgeführt ist. Er erkundigt sich, was hier bei diesem neuen Posten budgetiert wird und stellt den Antrag, diese Position zu streichen. Der Vorsitzende ist erstaunt über diesen Antrag, denn hier geht es um die Planung Widen, dem Areal Swissmetal.

⇒ Mit grossem Mehr, d.h. wenigen Gegenstimmen, wird der Antrag abgelehnt.

Albert Massmünster weist auf das Konto 020.301.00/01 ‚Besoldung Verwaltungspersonal‘ sowie damit verbunden das Konto ‚Sozialleistungen‘ hin. Er beantragt keinen Personalabbau, sondern eine Kostensenkung, eine Effizienzsteigerung und –verbesserung. Der Vorsitzende informiert, dass dieser Posten zurückhaltend gebraucht wird. So sind im Jahr 2012 rund Fr. 16'000.- verwendet worden und dies in erster Linie für krankheitsbedingte Ausfälle und für Spezialaufgaben. Für Herr Massmünster geht es aber um die Besoldungen in Höhe von Fr. 900'000.-, wo in der Verwaltung nicht genügend Effizient vorliegt. Wo entsprechende Möglichkeiten gegeben sind, muss die Verwaltung intern selber prüfen. Er beantragt die Gesamtkosten um 10% pauschal zu reduzieren. Für den Gemeindepräsidenten liegt somit ein Antrag für einen Stellenabbau vor, denn anders ist eine Umsetzung nicht möglich. Dies wird von Herrn Massmünster verneint, es geht klar um eine Effizienzsteigerung.

⇒ Dieser Antrag wird mit grossen Mehr abgelehnt.



## **1 Öffentliche Sicherheit**

Der Finanzverwalter informiert, dass die Konti, welche die Vormundschaft betreffen aufgrund der Neuorganisation, d.h. Zuständigkeit der KESB (Kind- und Erwachsenenschutzbehörde) in der Sozialregion, d.h. Konti 584 geführt werden. Der Betrag, den Dornach daran bezahlen muss, ist unter 100.352.01 ausgewiesen.

101.312.00 Beim Marktwesen sind hier einmalige Ausgaben, d.h. die einmalige Investition in Stromkästen, in Höhe von Fr. 20'000.-, budgetiert. Diese Ausgaben werden in den kommenden 4 Jahren wieder durch Marktgebühren eingenommen, d.h. kostenneutral.

Christian Eifler beantragt erneut, die Sitzungsgelder der Feuerwehr, der Schiessplatzkommission und der ‚Regionalen Zivilschutzorganisation Dorneckberg‘ (RZSO) zu streichen und die Aversalentschädigungen der Feuerwehr um 50% zu reduzieren. Dazu soll abgeklärt werden, ob die Dienstleistung andernorts günstiger eingekauft werden kann. Der Vorsitzende hält fest, dass die Gelder an die RZSO nicht gestrichen werden können, da es sich um einen Zweckverband handelt, wo

Dornach Mitglied ist und die Verträge eingehalten werden müssen.

⇒ Der Antrag wird mit grossem Mehr abgelehnt.

## **2 Bildung**

215.361.00 Hier sind die erwähnten Ausgaben von Fr. 200'000.- hinzugekommen, die vom Gemeinderat gemachten Sparübungen zunichte gemacht haben. Total Fr. 1'526'400.--.

217 Der Anschluss von der Musikschule Hochwald an Dornach ist im Budget abgebildet. Somit entstehen mehr Personalkosten, aber auch mehr Erträge, bei den Rückerstattungen von anderen Gemeinden.

218.312.00 Durch die Optimierung an den technischen Anlagen der Schwimmhalle sollte künftig weniger Energie verbraucht werden.

219.301.03 Die Folgekosten des Projekts ICT, welche an der GV genehmigt wurden, sind hier aufgeführt.

190.365.01 Der Beitrag an die Rudolf Steiner-Schule ist vom Gemeinderat um Fr. 20'000.- gekürzt worden.

Der Vorsitzende hält fest, dass bei vielen Beiträgen Kürzungen vorgenommen wurden, somit auch bei der Rudolf Steiner-Schule. Felix Lindenmaier beantragt, den Beitrag an diese Schule nicht zu reduzieren. Es ist klar, dass überall gespart werden muss, doch hat er bereits vor einem Jahr vorgerechnet, was eine Kürzung bedeutet. Gemäss seiner Darstellung spart Dornach jährlich rund Fr. ½ Mio., da viele Kinder nicht die öffentliche Schule besuchen und somit ist das Eigenkapital von Fr. 15 Mio. ein Geschenk von diesen Eltern an die Gemeinde. Deshalb ist es unfair, den Beitrag zu wollen. Das Verhältnis stimmt deshalb nicht. René Umher sieht einen anderen Ansatz. Dornach hat eine gut funktionierende und qualitative gute Schule, die jedes Jahr viel Geld kostet. Die staatliche Schule hat eine Verantwortung. Es gibt keine gesetzliche Grundlage für einen freiwilligen Beitrag an Privatschulen. Dornach hat eine leere Kasse und es ist zu sparen, so dass er beantragt den ganzen Betrag an diese private Schule zu streichen. Andreas Stettler ist über diesen Antrag schockiert. Die öffentliche Schule kostet Fr. 9 ½ Mio. und es ist zu beachten, wie viele Schüler aus dieser Gemeinde in die Steiner-Schule gehen. Es ist klar eine freie Entscheidung und so hat auch er seine Tochter in die öffentliche Schule geschickt, doch ist das nicht gut gelaufen, so dass er dann die Privatschule gewählt hat. Dort bezahlt er über Fr. 1'000.-/Monat. Er arbeitet bei der Sonnhalde und hier wird zudem bei jedem Mitarbeiter ein Lohnabzug von 0.75%, als Beitrag an die Rudolf Steiner-Schule vorgenommen. Somit kommt ein Betrag von Fr. 50'000.- zusammen, der von den Mitarbeitern der Sonnhalde an die Rudolf

Steiner-Schule bezahlt wird, d.h. Fr. 160.-/P. Das Verhältnis zu Fr. 9 ½ Mio., gemessen an der Anzahl Schüler der öffentlichen Schule, und Fr. 75'000.- für die Rudolf Steiner-Schule, zeigt, dass der Beitrag von gesamthaft Fr. 75'000.- gerechtfertigt ist. Statistisch gesehen, verdienen die Lehrer der öffentlichen Schulen das Doppelte. Aufgrund seiner Angaben müsste der Beitrag auf Fr. 100'000.- erhöht werden. Er stellt keinen Antrag, doch ist der Beitrag auf keinen Fall zu streichen. Für Andreas Steinegger ist neu, dass René Umher ein Bildungsexperte ist. Für ihn geht es wieder darum, Wunden aufzureissen, d.h. gegen die Anthroposophen. Er hat es satt, darüber zu diskutieren. Deshalb möchte er den Betrag an die Rudolf Steiner-Schule in Höhe von Fr. 75'000.- belassen und nicht streichen. Es sind auch keine Hochrechnungen mehr zu machen. Für Martin Annaheim ist sparen angesagt, doch spürt er dazu keinen Willen der Anwesenden. Er macht deshalb einen Vorschlag, d.h. es soll sowohl bei der öffentlichen, wie auch bei der privaten Schule, um je Fr. 20'000.- gespart werden. Der Vorsitzende erkundigt sich, wo genau, d.h. bei welcher Position diese Einsparungen bei der Schule gemacht werden sollen. Herr Annaheim überlässt dies dem Gemeinderat. Nach nochmaligem Nachfragen, soll diese Kürzung bei der Förderung gemacht werden. Andreas Steinegger findet diesen Vorschlag jenseits von Gut und Böse.

- ⇒ Es werden die beiden Anträge der kompletten Streichung des Beitrages an die Rudolf Steiner-Schule (Antrag René Umher) und der Erhöhung auf Fr. 75'000.- (Antrag Felix Lindenmaier) gegenübergestellt. Mit grossem Mehr obsiegt der Antrag auf Erhöhung auf Fr. 75'000.-.
- ⇒ Die beiden Anträge zur Erhöhung des Beitrages an die Rudolf Steiner-Schule auf Fr. 75'000.- (Antrag Felix Lindenmaier) und Kürzung des Beitrages um Fr. 20'000.- (Budgetvorgabe Gemeinderat) werden gegenübergestellt. Der Antrag von Felix Lindenmaier, den Beitrag zu erhöhen, obsiegt mit grossem Mehr.
- ⇒ Separat wird über den Antrag von Martin Annaheim, eine Kürzung von Fr. 20'000.- bei der Förderung vorzunehmen, abgestimmt. Grossmehrheitlich wird dieser Antrag abgelehnt.

Christine Weiss kommt auf das Konto 219.300.02 ‚Aversalentschädigung‘ zu sprechen. In diesem Konto ist auch die Betreuung der Bibliothek für die Sekundar- und Primarschule enthalten. Hier wurde das Budget von Fr. 10'100.- auf Fr. 8'500.- gekürzt. Somit kann die Bibliothek nicht mehr betreut werden. Was macht somit die Aufrechterhaltung einer Bibliothek noch für einen Sinn? Es sind Arbeiten auszuführen, wie Ausleihen, Katalogisieren, Flickern, Kontrollieren, Mahnen, etc. Sie stellt deshalb den Antrag, den Betrag wieder um Fr. 3'500.- zu erhöhen, d.h. so wie im ersten Budget aufgeführt, zu belassen.

- Mit grossem Mehr wird diesem Antrag zugestimmt. Das Konto 219.300.02 wird auf Fr. 10'100.- festgesetzt.

Bruno Holzherr kommt zurück auf die Aversalentschädigungen, wo der Rat eine globale Kürzung um 10% vorgenommen hat. Betrachtet man das Budget, so ist diese Kürzung nicht in allen Bereichen gleich hoch, manchmal 6% manchmal 10%. Mit der vorgängigen Abstimmung ist die Kürzung bei den Schulen von gar 16% nun aufgehoben worden. Deshalb stellt er Antrag, dass diese globale Kürzung bei allen Positionen ‚Aversalentschädigung‘ zurückgenommen wird. Hier werden abends u.a. zur Vorbereitung von Sitzungen Arbeiten ausgeführt. Er fordert deshalb eine Gleichbehandlung. Entweder ist bei allen oder bei keiner Position eine Kürzung vorzunehmen. Der Vorsitzende erwähnt, dass diese Entschädigung über viele Positionen und bei allen Präsidentinnen und Präsidenten von Kommissionen gleich gehandhabt wurde. Die Beträge aber sind unterschiedlich und abhängig von der Anzahl Sitzungen. So erhält ein Präsident, der z.Bsp. 5 bis 10 Sitzungen pro Jahr organisiert, eine Entschädigung in Höhe von Fr. 1'800.-, welcher nun um 10% reduziert wurde. Der grösste Posten ist beim Bau, d.h. beim Baupräsidenten zu finden, wo ebenfalls eine Kürzung von 10% vorgenommen wurde. Der Grundsatzentscheid ist beim Gemeinderat gefallen und ist in einer Grössenordnung von Fr. 30'000.- im Budget umgesetzt worden. Für Daniel Urech wäre es falsch weitere Streichungen vorzunehmen. Es geht hier um Personen, die sich freiwillig in Kommissionen engagieren und so die Gemeinde am Laufen halten. Der Rat hat es sich bei der Reduktion nicht einfach gemacht, doch ist dies aufgrund der finanziel-

len Lage vertretbar, zumal überall gestrichen werden musste. Dies ist u.a. ein Betrag, weil das Budget zurückgewiesen wurde. Würde die Versammlung diesen Punkt streichen, so entfallen die Sparbemühungen des Gemeinderates. Die Streichungen sind gering und nicht in diesem Ausmass, wie sie von Herrn Eifler vorgeschlagen werden. Gregor Minzer hält fest, dass die vom Gemeinderat vorgenommene Kürzung von 10% bei allen Aversalentschädigungen gleich vorgenommen wurde. Im Budget ist dies vielleicht nicht überall klar abgebildet, da es Auf- und Abrundungen gibt. In Bereichen, wo die Hoheit nicht bei der Gemeinde liegt, z.Bsp. Zivilschutz, ist diese pauschale Kürzung nicht vorgenommen worden. Ende Jahr werden dem Gemeinderat die Entschädigungen zur Genehmigung vorgelegt. Hier wird ersichtlich sein, dass alle gleich behandelt werden. Deshalb ist kein Antrag zu stellen, die Budgetpositionen anzupassen, da nach besten Wissen und Gewissen dies bereits im Budget erfolgt ist und der Gemeinderat Ende Jahr die Details genehmigt.

⇒ Mit grossem Mehr wird dieser Antrag abgelehnt.

### 3 Kultur und Freizeit

300.365.22 Der wiederkehrende Beitrag an das neue Theater am Bahnhof ist vom Gemeinderat beschlossen worden.

341 Gartenbad

Der Vorsitzende ergänzt, dass der Gemeinderat die Schliessung des Gartenbades ‚Glungge‘ für eine Saison beantragt. Dies kommt nicht unbegründet, denn hier fallen verhältnismässig hohe Kosten von Fr. 100'000.-, d.h. ½ Steuerprozent an. Diese Infrastruktur ist vollständig in kommunaler Hand und wir können darüber verfügen, ohne dass mit einem Rattenschwanz an Konsequenzen zu rechnen ist. Das Angebot in den umliegenden Gemeinden ist umfangreich vorhanden, so dass ausgewichen werden kann.

Christian Eifler beantragt erneut, die Sitzungsgelder des Kulturausschuss mit den entsprechenden Sozialleitungen sowie die Beiträge von Position 300.364.01 bis 300.395.00 ersatzlos zu streichen. Darin enthalten ist auch der Beitrag von Fr. 20'000.- an das neue Theater, da er Folgekosten erwartet. Er wäre nicht überrascht, wenn hier im nächsten Jahr der Beitrag noch höher ausfallen wird. Der Vorsitzende informiert, dass damals beim Entscheid der Gemeindeversammlung neben den Erstellungskosten festgehalten wurde, dass die Gemeinde auch jährlich einen fixen Beitrag für den Betrieb in Höhe von Fr. 25'000.- vorsieht. Da das Theater noch erstellt werden muss und nicht das ganze Jahr betrieben wird, ist der Betrag entsprechend reduziert worden.

⇒ Der Antrag von Christian Eifler wird mit grossem Mehr abgelehnt.

Martin Koch ist bewusst, dass es beim Gartenbad um eine Einsparung von Fr. 100'000.- geht, was ein grosser Posten ist. Doch ist er der Meinung, dass Dornach sich als familienfreundliche Gemeinde das leisten soll. Er stellt den Antrag diesen Betrag wieder ins Budget aufzunehmen. René Umher unterstützt dieses Votum. Die ‚Glungge‘ ist ein kleines und feines Gartenbad, das zu Dornach gehört und ein grosser Vorteil für Familien, Schulen und andere Institutionen bedeutet. Die ‚Glungge‘ selbst ist auch ein idealer Treffpunkt und bietet den Berufstätigen abends nach der Arbeit eine Abkühlung. Das Bad ist ein fester Bestandteil vom Dornacher Leben. Nach dem Entscheid des Gemeinderates hat er eine Petition lanciert, welche bisher von 800 Personen unterzeichnet wurde, welche er dem Präsidenten übergeben wird. Dies ist ein grossartiger Erfolg. Bestimmt sind viele Personen, die unterzeichnet haben, auch heute anwesend. Stellvertretend im Namen dieser, stellt er den Antrag, das Gartenbad nicht zu schliessen. Andreas Steinegger schliesst sich diesen Wortmeldungen an. Er koppelt seinen Antrag mit der Zustimmung der Steuererhöhung um 5%, so dass dann das Gartenbad nicht geschlossen wird. Wird dem Steuersatz von 95% nicht zugestimmt, so ist die ‚Glungge‘ zu schliessen. Der Vorsitzende hält fest, dass solch ein Antrag nicht zulässig ist. Wenn Fr. 100'000.- für die ‚Glungge‘ wieder ins Budget

aufgenommen werden, wo viele Einwohner/innen profitieren können, dann bittet Peter Leuthardt um die Streichung von Fr. 80'000.- für den Otto Stich-Platz, denn dieser wird im Gegensatz zum Gartenbad bestimmt nicht genutzt. Auch hier erwähnt der Vorsitzende, dass es sich beim Platz um einen GV-Beschluss handelt, die Umsetzung kurz bevorsteht und nicht rückgängig gemacht werden kann. Margareta Leuthardt nimmt das Thema des Otto Stich-Platzes nochmals auf. Der Platz kann viel bescheidener gestaltet werden oder so belassen werden. Damit kann sehr viel Geld gespart werden. Auch die bestehenden Parkplätze müssen nicht aufgelöst werden, damit wird noch weniger Geld ausgegeben. Sie beantragt heute eine neue Abstimmung über den Platz durchzuführen. Der Gemeindepräsident erklärt, dass die Vorbereitungen auf Hochtouren laufen. In der anschliessenden Behandlung der Investitionen kann man sich nochmals darüber unterhalten. Das Bad nennt sich nicht ‚Gartenbad‘ sondern ist im Telefonbuch unter ‚Schwimmbad am Birsweg‘ zu finden, hält Max Rumpel fest. Dies ist zu ändern, damit alle vom gleichen sprechen. Es sollte aufgrund der Kosteneinsparungen dem Gemeinderat klar sein, dass die Tarife anzupassen sind. Es fehlt in der Position 341 eine Umlageabgeltung, denn das Bad nutzen viele Schulklassen und deshalb ist dieser Punkt im Budget und in der Abrechnung aufzuführen. Im Weiteren informiert er, dass dieses Bad die einzige Sportanlage ist, die der Nutzer mitfinanziert. Der Betrieb ist nachhaltig und umweltbewusst, d.h. Bio. Deshalb wäre es besser die Schwimmhalle zu schliessen, um zu sparen. Er verweist dazu auf einen Bericht, welcher über die Schwimmhallen erschienen ist, die in einer Zeit der Euphorie erstellt wurden. Der Vorsitzende unterbricht die Wortmeldung von Herrn Rumpel, da es sich nicht mehr um das Gartenbad handelt.

⇒ Der Antrag das Gartenbad nicht zu schliessen und den Betrag von Fr. 100'000.- wieder ins Budget 2014 aufzunehmen, wird mit grossem Mehr angenommen.

René Umher hat einen Antrag zur Position 300.365.10 ‚Förderung der Jugendarbeit‘. Damals hat er sich noch als Gemeinderat erfolgreich eingesetzt, dass der Betrag um Fr. 5'000.- erhöht wurde, nun ist er wieder gesenkt worden. Hier geht es um unsere Jugendlichen, die von den Vereinen wie Sportclub, Musikverein, etc. gefördert werden. Er beantragt den Betrag wieder auf Fr. 30'000.- zu setzen, da es um unsere Nachkommen geht.

⇒ Mehrheitlich wird dieser Antrag abgelehnt. Der budgetierte Betrag bleibt bei Fr. 25'000.-.

Der Finanzverwalter möchte für das Protokoll festhalten, dass aufgrund der Zustimmung zum Gartenbad der Aufwand um Fr. 104'900.- und der Ertrag um Fr. 12'000.- korrigiert wird.

#### **4 Gesundheit**

Es ist keine Wortmeldung festzustellen.

#### **5 Soziale Wohlfahrt**

500.361.00 Der Gemeindebeitrag ist tiefer, da der Regierungsrat nochmals beim Kantonsrat eine einmalige Reduktion der Beiträge angefragt hat und nach diesen Vorgaben ist budgetiert worden.

582/583 Beide Konti ergeben das Total der Zahlungen von Dornach an die Sozialregion in Höhe von Fr. 3'339'800.-.

584.300.02 Temporäre personelle Massnahmen für die Reorganisation der Sozialregion und die Änderungen im Vormundschaftswesen führen zu dieser Personalkostensteigerung.

Der Gemeindepräsident informiert, dass der Bereich Sozialwesen einer der grössten Kostenträger ist. Alle Einwohnergemeinden leiden seit längerer Zeit - nicht nur seit der Einführung von Sozialregionen. Die Kostenspirale im Sozialwesen dreht sich weiter. Die gesetzlichen Grundlagen

für die Sozialleistungen, an welchen sich die Einwohnergemeinden zu beteiligen haben, werden im kantonalen Sozialgesetz vom 31. Januar 2007 geregelt. Der Kanton verteilt die anfallenden Kosten anhand der Einwohnerzahlen. D.h. die Gemeinden zahlen in einen kantonalen Finanzpool ein, egal wie viele Sozialhilfefälle in der Gemeinde, respektive in der Sozialregion, registriert sind. Dies ist ein Solidaritätsgedanke. Die Verteilung der Gelder erfolgt nach effektiven und abgerechneten Sozialhilfefällen. Das Amt für soziale Sicherheit legt die pro-Kopf-Beiträge fest. Diese summieren sich aus verschiedenen Sozialleistungen.

Ein Auszug: Mitfinanzierung für Ergänzungsleistungen Fr. 150.-, Ergänzungsleistungen zur IV Fr. 125.-, Pflegefinanzierung Fr. 84.- und für die Sozialhilfe Fr. 380.- je Einwohner versteht sich. Total ist pro Einwohner 2014 ein Sozialbeitrag von Fr. 916.40 dem Kanton zu entrichten. Im Jahr 2013 war der Beitrag noch Fr. 813.20 und im Jahr 2011 Fr. 710.50 pro Einwohner. Diese massive Kostensteigerung müssen die Gemeinden zähneknirschend akzeptieren und berappen. Deshalb mag die Kostenexplosion nicht erstaunen, die im Budget 2014 mit Mehrausgaben von rund Fr. 1.5 Mio. einschlägt. Die Gemeinden des Dornecks überweisen für die Sozialhilfeleistungen Fr. 6.5 Mio. Im Gegenzug erhalten die Sozialhilfebezügler Auszahlungen von Fr. 2.9 Mio. Die Differenz fliesst in den Lastenausgleich. Unsere Sozialregion ist somit klare Netto-Zahlerin des solidarischen Finanzpools.

Auf der anderen Seite hat Dornach strukturelle Probleme in der Sozialregion, d.h. in unserem Betrieb. Da ist man daran, an den laufenden Änderungen auf Gesetzesebene mitzuhalten, wie es dies z.Bsp. in der Umsetzung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) zeigt, die letztes Jahr in der ganzen Schweiz die Vormundschaftsbehörden ablösten. Hier wurde Neuland betreten. Durch diese stetigen Veränderungen im Sozialwesen, musste die Sozialregion personell und räumlich ausgebaut werden.

Der bereinigte Aufwand der Gemeinde Dornach, ohne die gesetzlichen Beiträge an die Sozialregion - beläuft sich auf Fr. 489'100.-. Müsste die Gemeinde einen „eigenen“ Sozialdienst betreiben, wäre der Aufwand wahrscheinlich höher.

Dornach als Leitgemeinde ist für die Führung der Sozialregion verantwortlich. Infolge des zunehmenden Drucks aufgrund der äusseren Veränderungen, sah sich der Gemeinderat gezwungen, temporäre Massnahmen zu ergreifen. So wurden 120 befristete Stellenprozente bewilligt, um die zusätzlichen Belastungen aufzufangen und Altlasten zu bereinigen. Diese Massnahmen haben inzwischen Wirkung gezeigt: Es konnten Pendenzen abgebaut und beim Kanton Ansprüche geltend gemacht werden, die der Sozialregion mehr als Fr. 500'000.- einbringen. Nicht zu vergessen: Die Gemeinde Dornach als Arbeitgeberin trägt die Verantwortung für das Personal.

Das Budget 2014 der Sozialregion wurde den angeschlossenen 10 Gemeinden unterbreitet und ist von diesen allen gutgeheissen worden.

Hier gibt es die drei grossen Bereiche:

582 Die gesetzliche Sozialhilfe, die Dornach bezahlt

583 Der Beitrag an die Sozialregion, d.h. Löhne, Infrastruktur, etc.

584 Die gesamte Darstellung, d.h. Sozialregion mit allen Vertragsgemeinden

Die eigentliche Arbeit von Dornach ist im 582 und 583 abgebildet

François Sandoz, Präsident des Leitorgans der Sozialregion, ist an der heutigen Versammlung anwesend. Er informiert, dass er die Gruppe von 11 Gemeinden, inkl. Dornach, vertritt. Die Einwohner/innen der Gemeinde Bättwil bezahlen 130% Steuerprozente. Bei seinem Kollegen Herrn Hans-Peter Schmid in Nuglar beträgt der Steuerfuss auch 130%. Er hat die vorliegenden Zahlen betrachtet und als Gesamtzahl macht dies keine Freude. Im Gegenteil, die anderen Vertragsgemeinden hätten sagen können, dass Dornach Schuld daran ist. Dies wurde aber nicht gemacht. Nach ausführlichen Diskussionen und Bericht der externen Stelle, musste festgestellt

werden, dass es eine unabdingbare Voraussetzung zur Weiterführung und oder zur besseren Funktion der Sozialregion ist. Es kann lang und breit diskutiert werden und jeder hat eine bessere Idee oder meint, es sollte so nicht sein. Alle 11 Gemeinden müssen leider in den sauren Apfel beißen, damit die Struktur besser wird und man die Kosten in Griff bekommt. Die Kosten werden bestimmt reduziert, doch wie und wo es sich dann einfädelt wird ist noch nicht klar, aber man wird sich auf einer richtigen Basis finden werden. Die Versammlung hat selbstverständlich die Wahl und kann als Souverän bestimmen. Proportionsmässig haben alle Gemeinden die Kosten zu tragen und die anderen mittragenden Gemeinden haben teilweise zähneknirschend zugestimmt. Er wünscht sich, dass ein weiser Entscheid gefällt wird.

Dass das Sozialwesen eine komplexe Sache ist, bestätigt Kurt Henzi, deshalb hat die FdP bei der letzten Versammlung gewisse Punkte zur Diskussion gestellt. Dass es beim Kanton nicht funktioniert und es für die Gemeinden nicht einfach ist, ist bekannt. Dass es bei der KESB, d.h. Kind- und Erwachsenenschutzbehörde nicht klappt, ist ebenfalls bekannt. Deshalb müssen die Gemeinden dem Kanton weitergeben, dass dies so nicht weitergehen kann und so auf kantonaler Ebene ein Zeichen zu setzen ist. Was in den einzelnen Gemeinden aber beeinflusst werden kann, sind die Dienstleistungen, die Honorare und damit verbunden die Sozialabgaben. Wird das Budget 2014 betrachtet, dann ist bei diesen Positionen Fr. 600'000.- mehr gegenüber dem Budget 2012 aufgeführt. Er ist deshalb der Meinung, dass der Gemeinderat beauftragt werden muss, das Budget 2015 genau zu prüfen, damit diese Summe wieder reduziert wird. Über die Stellenprozente hat die Gemeindeversammlung zu befinden, das kann der Gemeinderat nicht selber entscheiden. Die Versammlung hat über eine Erhöhung zu befinden. Der Vorsitzende erklärt, dass die Reorganisation in einer Projektstruktur aufgegleist ist und dieses Jahr erarbeitet wird. Klares Ziel ist, die temporären Massnahmen zu reduzieren. Dornach hat aber beschränkte Möglichkeiten beim Kanton Einfluss zu nehmen. Deshalb hat der Einwohnergemeinerverband (VSEG), die Initiative ergriffen und es werden dem Regierungsrat und Parlament Forderungen gestellt. Es ist klar das Ziel vom Gemeinderat, in diesem Bereich wieder herunter zu kommen.

Debora Steinegger weist auf die Position 590 ‚Hilfsaktionen‘ hin. Seit einigen Jahren unterstützt Dornach die Gemeinde Aesch, welche in Burkina Faso längerfristige Projekte umsetzt und das im Bereich ‚sauberes Trinkwasser in den Schulen‘. Hier hat der Gemeinderat den Beitrag vom Fr. 5'000.- gestrichen, obwohl es um die existenziellen Bedürfnisse von Kindern geht. In Dornach wird z. Bsp. Fr. 15'000.- für den Weinberg benötigt und dieser Betrag wird nicht in Frage gestellt. Sie sieht das als traurigen Missstand und als Armutszeugnis unserer Gesellschaft. Sie stellt deshalb den Antrag, dass die beiden Positionen In- und Auslandhilfe nicht gestrichen werden, sondern wieder ins Budget aufzunehmen sind.

⇒ Mit 191 zu 158 wird dieser Antrag angenommen, d.h. es werden Fr. 5'000 bei der Inlandhilfe (Berggemeinde) und Fr. 4'000.- für Auslandhilfe (Burkina Faso) im Budget 2014 aufgenommen.

Im Jahr 2012 wurde an der Gemeindeversammlung beschlossen, dass unter gewissen Voraussetzungen Subventionen an Familien, die ihre Kinder fremdbetreuen lassen, bezahlt werden, hält Letizia Di Benedetto fest. Dies aus verschiedenen wichtigen Gründen, wie z.Bsp. dass Eltern einer Arbeit nachgehen können und der Erhöhung der Standortattraktivität. Man hätte eine Krippe eröffnen und so ein umfassendes Angebot für Familien mit Kindern mit höheren Einkommen anbieten und anlocken sollen und damit Steuereinnahmen generiert werden können. Mit grossem Erstaunen stellt sie nun fest, dass im Budget 2014 dieser Posten fehlt. Sie stellt deshalb den Antrag, spätestens ab Juli 2014 das Angebot umzusetzen und Fr. 100'000.- ins Budget aufzunehmen sind. Der Vorsitzende erklärt, dass der Gemeinderat zur Überzeugung gekommen ist, dass es nicht möglich ist, dieses Angebot der Kita aufgrund der finanziellen Lage, zu budgetieren. Es liegt ein GV-Beschluss vor, dass die Unterstützung früher oder später

eingeführt werden muss. Doch ist der Gemeinderat zurückhaltend mit dem Umsetzungskonzept. So ist auch die Administration Kita (interne Verwaltung) nicht ins Budget aufgenommen worden. Christian Eifler kommt zurück auf die Aussage, dass Familien mit hohem Einkommen angelockt werden. Dem ist nicht so, denn solche Familien erhalten keine Subventionen und lösen die Betreuung selber. Er glaubt nicht, dass dies ein schlagkräftiges Argument ist. Doch hat sich die Gemeinde heute Abend schon viele Dinge geleistet – warum nicht auch das. Pascal Hasler hat schon mehrfach gehört, dass man vom Souverän nicht ernst genommen wird. Es wurde an der Gemeindeversammlung beschlossen, d.h. vom Souverän, dass Kindertagesstrukturen einzuführen sind. Dieses Angebot könnte zu 0 aufgehen, wenn gut Verdienende zuziehen. Deshalb ist er erstaunt, dass diese Position gestrichen wurde. Es ist klar, dass beim vorliegenden Finanzplan es nie einen guten Zeitpunkt zur Einführung gibt. Er unterstützt den Antrag, da es damals gute Argumente gegeben hat, die Kita einzuführen. Ursula Kradolfer möchte die Bemerkung, dass der Rat den Souverän nicht erst nimmt, klarstellen. Die Kita-Einführung umzusetzen, ist damals beim GV-Beschluss mit einem Finanzierungsvorbehalt beschlossen worden. In der Vorlage war enthalten, dass die Kita erst dann eingeführt wird, wenn es die Finanzen zulassen. Der Entscheid des Gemeinderates diese Position nicht ins Budget aufzunehmen, entspricht den Unterlagen der GV.

⇒ Die Versammlung spricht sich mit grossem Mehr gegen die Einführung der Kindertagesstrukturen im Budget 2014 aus (Fr. 100'000.- Beiträge und Fr. 5'000.- Administration).

## **6 Verkehr**

Ludwig Binkert erkundigt sich, ob die Position 620.314.00 ‚baulicher Unterhalt durch Dritte‘ Fr. 150'000.- und 620.309.01 ‚Verrechnung Strassenentwässerung‘ Fr. 88'000.- so zu prästieren sind oder ob die Kosten halbiert werden können. Der Gemeindepräsident erklärt, dass sich der Rat jedes Jahr Gedanken macht. Bereits im Jahr 2012 sind knapp Fr. 200'000.- ausgegeben worden. Je besser die Infrastruktur Instand gesetzt ist, desto weniger Folgekosten fallen an. Diese Position ist als präventiver Betrag zu betrachten. Mit den zur Verfügung gestellten Mitteln kann die Infrastruktur auf relativ bescheidenem Niveau Instand gehalten werden.

Betrachtet man die Strassen von Dornach, wird kein Luxus betrieben, hält Christian Eifler fest. Es gibt andere Dinge, wo zu wenig Geld in die Infrastruktur ausgegeben wird. Er hat bereits dem Gemeindepräsidenten geschrieben, dass er den Beitrag an den Regionalverkehr Kanton Solothurn (610.361.01) zu hoch findet. Doch hat ihm der Gemeindepräsident geantwortet, dass wir unseren Beitrag wie bei der Sozialhilfe, dazu zu leisten haben. Es wäre trotzdem zu prüfen, ob nicht mittelfristig Änderungen herbeigeführt werden können. Dies ist doch ein rechter Posten. Der Vorsitzende erklärt, dass hier in den kantonalen Fonds einbezahlt werden muss. Es geht wesentlich um die Anzahl Haltstellen im Verkehrsnetz, d.h. einer Art Punktebasis. Ebenfalls werden Solothurner Projekte im öffentlichen Verkehr finanziert.

Der Finanzverwalter informiert über die beiden Konten ‚Baulicher Unterhalt durch Dritte‘ und ‚Verrechnung Strassenentwässerung‘. Hier geht es um die interne Verrechnung zu Lasten der Strassen und zu Gunsten der Wasserrechnung. Wäre der Beitrag gekürzt, wäre die Wasserkasse noch schlechter als präsentiert und es müsste über den Finanzausgleich mehr bezahlt werden.

## **7 Umwelt und Verkehr**

701.318.04 Hier sind die Aufwendungen für das Nachführen des Generellen Wasserversorgungsplans aufgeführt. Dies ist eine Vorgabe des Kantons, dass der Plan alle 10 bis 12 Jahre zu überarbeiten ist. Nun sind es bereits 16 Jahre und der Aufwand ist dringend nötig.

---

780.310.00      Der Dornacher Infokalender ist, wie bereits erwähnt, neu unter der Position 020.310.00 budgetiert.

Christian Eifler stellt den Antrag die Sitzungsgelder und Aversalentschädigungen in diesem Bereich zu streichen. Zudem erkundigt er sich, ob der Beitrag an den Natur- und Heimatschutz zwingend ist, da dieser erheblich gestiegen ist. Andernfalls wäre dieser ebenfalls ersatzlos zu streichen. Der Finanzverwalter erklärt, dass die Pos.770.361.00 eine Abgabe an die Grundstücksgewinnsteuer ist, d.h. erhalten wir mehr Steuern, ist auch mehr abzugeben. Der Gemeindepräsident informiert zur Energiestadtkommission, dass neu eine Energiebuchhaltung verfügbar ist und dadurch bereits erste Einsparungen erzielt werden konnten.

⇒ Der Antrag von Christian Eifler wird mit grossem Mehr abgelehnt.

Erika Müller stellt eine Frage zur Pos. 701.314.01. Durch die Abstimmung des Leitungersatzes im Gempfenring könnte diese Position gekürzt werden oder ist unser Leitungsnetz so marode? Hier kann nie eine abschliessende Antwort gegeben werden, erklärt der Vorsitzende. Diese Position wurde auch schon gekürzt und dann wurde das Budget deutlich überzogen. Ein Leitungsbruch, analog dem im Gempfenring, kann schnell einige Fr. 10'000.- kosten und aufgrund von mehrjähriger Erfahrung liegen die Ausgaben ungefähr beim budgetierten Betrag.

## **8 Volkswirtschaft**

René Umher erkundigt sich, warum unter der Position 860.366.00 noch ein Betrag aufgeführt ist. Die SP hat damals einen Antrag gestellt, dass in den Jahren 2011 bis 2013 Solardächer unterstützt werden, welcher vom Gemeinderat genehmigt wurde. Besteht hier ein Zusammenhang? Christian Schlatter erklärt, dass Fr. 50'000.- in diesen 3 Jahren ausbezahlt werden. Die Anmeldung musste bis spätestens Ende Dezember 2013 erfolgen, damit die letzten Subventionen (Fr. 1'000.- pro Anlage) noch im Jahr 2014 getätigt werden können.

## **9 Steuerfuss**

990.332.00      Die Auflösung der Vorfinanzierung ist mit den zusätzlichen, gesetzlich vorgeschriebenen Abschreibungen ausgeglichen und mit Konto  
995.485.07      erfolgsneutral.  
900.400.00      Die Steuererhöhung von 5%, welche vom Gemeinderat vorgeschlagen wird, ist hier unter den nat. Personen mit Fr. 917'400.- und bei den jur. Personen  
900.401.00      mit Fr. 61'200.- budgetiert, d.h. ein Total von Fr. 978'600.-.

Hugo Schaub hat das Gefühl, dass er heute nicht an der richtigen Versammlung ist. An der letzten Budgetversammlung im Dezember ist Nichteintreten beschlossen worden, mit dem Vorschlag, auf der Aufwandseite Einsparungen zu tätigen. Die Interessenvertreter, die heute zahlreich erschienen sind, haben es verstanden zu überzeugen, dass man in allen Punkten nur nicht an diesem sparen kann. Dies endet damit, dass wir heute ein höheres Budget haben, als es im Dezember vorlag. Bei der Eintretensdebatte hat der Vorsitzende eine strategische Finanzplanung gezeigt. Um das Eigenkapital einigermaßen beizubehalten bedingt dies eine jährliche Einsparung von Fr. 400'000.-, d.h. 1% vom gesamten Aufwand. Ihn interessiert, wie der Gemeindepräsident gedenkt, dieses Ziel über die nächsten Jahre zu erreichen. Christian Schlatter informiert, dass dies eine Nettoaufgabe ist und auch auf der Bruttoseite etwas zu erreichen ist, d.h. auf der Einnahmen- und Ausgabenseite. Hugo Schaub hält fest, dass der Präsident zu Beginn der Sitzung klar eine Aufwandsminderung aufgezeigt hat. Der Präsident korrigiert, es ist eine Aufwandsverbesserung und nicht -minderung. Für Hugo Schaub ist nicht klar, was eine Aufwandsverbesserung und was eine Aufwandsminderung ist; was ihm die Kompetenz dieses Gemeinderates aufzeigt. Der Vorsitzende bittet sachlich zu bleiben. Da der Steuerfuss später be-



sprochen wird, bittet er um Wortmeldungen zu diesem Bereich. Da dies nicht der Fall ist, geht er weiter zu den Konten der natürlichen und juristischen Personen.

Der Gemeinderat hat es sich nicht einfach gemacht, den Entscheid über die Steuererhöhung von 5% beizubehalten. Der Verzicht auf die Anpassung des Steueransatzes bei der heutigen Finanzlage der Gemeinde würde den Finanzhaushalt unnötig belasten. Das in vergangenen Zeiten angesparte vorhandene Eigenkapital, dient nun in schwierigen Zeiten als Polster. Entsprechend den aktuellen Zukunftsprognosen, sollte ein Vermögensabbau dosiert erfolgen und ein empfohlenes Restvermögen von ca. Fr. 6 Mio. sicherstellen (kantonale Empfehlung). Ohne Anpassung des Steuerfusses würde das Vermögen schmelzen. Dies bestätigt auch der Finanzplan der Gemeinde. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass das langjährig ersparte Eigenkapital nicht aufgrund eines strukturellen Defizits in der Gemeinde innert kurzer Zeit verbraucht werden soll. Dies wäre nicht nachhaltig.

### **Moderate Anpassung**

Deshalb schlägt der Gemeinderat eine moderate Erhöhung um 5 Steuerpunkte vor. Daraus resultiert ein Aufwandüberschuss von rund Fr. 1'084'200.-. Bei einer Beibehaltung des Steuersatzes würde gar der Aufwandüberschuss auf über Fr. 2 Mio. klettern. Das verträgt unsere Gemeinde nicht. In Folge der Kostenüberwälzung von Kanton auf die Gemeinden mussten zahlreiche Gemeinden in der Vergangenheit ihre Steuersätze erhöhen. Entgegen diesem Trend hat die Gemeindeversammlung von Dornach im Jahr 2011 einer Reduktion des Steuerfusses um 3% zugestimmt. Die Frage steht im Raum, ob die Gemeinde mit dem Wissen von heute dieser Reduktion zugestimmt hätte. Selbst mit einem Steuerfuss von 95% ist Dornach im Bezirk Dorneck weiterhin absoluter Spitzenreiter. Auf dem Platz zwei ist unsere Nachbargemeinde Gempfen, welche den Steuerfuss Ende 2013 von 110 auf 115% erhöht hat. Die Erhöhung um 5 Steuerpunkte bringt Mehreinnahmen von rund Fr. 1. Mio., auf die die Gemeinde nicht verzichten kann. Bättwil und Nuglar-St. Pantaleon weisen beide, wie bereits gehört, einen Steuerfuss von 130% auf.

### **Was wäre wenn**

Würde die Gemeindeversammlung auf eine Anpassung verzichten, sähe sich der Gemeinderat gezwungen, weitere Kürzungen vorzunehmen. Dienstleistungen müssten weiter abgebaut oder gar ganz gestrichen werden. Der wichtige und nötige Werterhalt der Infrastruktur wäre in Frage gestellt und würde ebenfalls darunter leiden. Der Gemeinderat ist der Überzeugung, dass dies nicht im Sinne der Attraktivität und Nachhaltigkeit der Gemeinde sein kann. Nichts destotrotz wird der Gemeinderat auch in Zukunft gefordert sein, Aufgaben zu überprüfen.

Der Gemeinderat beantragt der Gemeindeversammlung, den Steuerfuss für das Jahr 2014 für natürliche und juristische Personen auf 95% der Staatssteuer festzulegen.

Hans Hasler informiert, dass 1% rund Fr. 200'000.- ausmachen. Heute Abend wurden in etwa diese Summen gegenüber der Budgetvorgabe des Gemeinderates zusätzlich bewilligt. Die Konsequenz davon wäre, und dazu stellt er auch den Antrag, dass durch diese Zusatzbeschlüsse der Steuerfuss auf 96% festgesetzt wird. Christine Weiss stellt den Antrag, den Steuersatz um 7% zu erhöhen. Sieht man die umliegenden Gemeinden an, mit welchen Steuersätzen sie kämpfen, steht die Gemeinde Dornach existentiell gut da. Robert Alge findet eine volle Zahl besser und stellt Antrag, den Steuersatz auf 100% festzulegen. Albert Massmünster kommt zurück auf seine Eintretensdebatte und derjenigen von Herrn Schaub. So wie das Budget jetzt ist und kein Sparwille da ist, d.h. eine Verbesserung als eine Erhöhung verstanden wird, dann werden in den nächsten Jahren auch 120 Steuerprocente nicht ausreichen. Warum dann nicht gleich auf 200% erhöhen? Er hofft, der Spass wurde verstanden, doch in 3-4 Jahren werden es bestimmt 130 Steuerprocente sein. Der Vorsitzende verweist auf den Finanzplan, der bis ins Jahr 2017/18

reicht und von der Finanzplanungskommission kritisch hinterfragt wurde. So soll nicht in einem Jahr der Steuerfuss erneut diskutiert werden müssen. Die allg. Empfehlung lautet, das Budget pro Jahr um Fr. 400'000.- zu verbessern. Margareta Leuthardt stellt den Antrag, dass man überlegt, wo man sparen kann und da wirklich gespart werden muss, ist ein Konzept zu erarbeiten. Zusätzlich ist der Steuerfuss, der um 3% gekürzt wurde, wieder anzupassen und sie stellt die Frage, ob man diese 3% nicht gegenüberstellen sollte. Der Gemeindepräsident kann den Antrag so entgegen nehmen, dass 3% eine weitere Variante wäre, darüber abzustimmen. Alles andere ist in der Detailberatung einzubringen. Daniel Müller meldet sich zu Wort. Er stellt zwei Anträge:

- Bevor auf die verschiedenen Anträge (5, 6, 7, oder 10%) einzugehen ist, müsse in Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit, das Saalkontingent gezählt werden.
- Es ist auch sinnvoll, würde die ganze Debatte bzw. Abstimmung über die Steuerfusserhöhung an der Urne entschieden werden.

Für den Vorsitzenden wird selbstverständlich vor dieser wichtigen Abstimmung nochmals genau erfasst, wie viele Stimmberechtigte anwesend sind. Zur Urnenabstimmung hält er fest, dass durch die Zurückweisung des ersten Budgets eine Verspätung in der Jahresplanung entstanden ist; dies zeitlich wie auch inhaltlich. Damit sind auch Unsicherheiten entstanden, die das Funktionalisieren der Behörde verhindert und die Verwaltung die Leistungen erbringen kann, die erwartet wird. Eine weitere Verzögerung würde diese Situation noch verschärfen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sind heute grossen Unsicherheiten ausgesetzt, und das hat auch eine gewisse negative Auswirkung auf die Produktivität. Die direkten Kosten eines Urnengangs werden auf über Fr. 15'000.- geschätzt; allein das Porto kostet rund Fr. 2'500 bis Fr. 3'000.-. Die Bewohnerinnen und Bewohner Dornachs konnten sich ein Bild über die Situation von Ausgaben, Einnahmen und Steuern, machen. Es wurde aktiv diskutiert und die Parteien haben zum Dialog eingeladen. So konnte man sich ein umfassendes Bild machen. Zudem gibt es ein Risiko: Würde das Budget an der Urne abgelehnt werden, würde der Kanton ein Budget verfügen; im Dialog mit dem Gemeinderat. Es kann nicht der Steuerfuss alleine an die Urne gebracht werden; dies gemäss Auskunft vom Amt für Gemeinden und dem Gemeindegesetz. Der Steuerfuss ist ein integraler Bestandteil vom Budget und es muss in globo darüber abgestimmt werden. Aus diesen Überlegungen gibt es keinen vernünftigen Grund eine Urnenabstimmung zu erzwingen, resp. zu fordern. Für Andreas Steinegger war es klar, dass dies der letzte Weg ist, eine Urnenabstimmung zu verlangen, wie dies bei der Einführung von Tempo 30 der Fall war. Er akzeptiert diesen Weg, ist es doch ein strategisches Mittel. Seit dem letzten Jahr setzt man sich ein, dass der Steuerfuss angehoben wird. Doch besteht hier ein Problem, denn aus dem neuen Gemeinderat, d.h. aus den 9 Personen ist der Antrag auf Steuererhöhung aus den Reihen der FdP gekommen. Und jetzt soll man doch keine Erhöhung durchführen. Er appelliert an den Menschenverstand. Felix Heiber hat heute deutlich gehört, dass die Lebensqualität in unserer Gemeinde gut ist. Dass gewisse Mehrausgaben dazu auch notwendig sind und der Steuerfuss auf 95% zu setzen ist, ist das Minimum. Im Dezember an der GV ist etwas ganz Katastrophales passiert. Eine geringe Minderheit hat das Nichteintreten auf die Budgetdebatte durchgezwungen, d.h. ein absolutes Verweigern der Möglichkeit zu einem Gespräch, Lösungen zu suchen. Dies ist wie ein pubertierender Junge. Und heute ist es nicht anders als im Dezember. Für die ganze Zusatzarbeit, die der Gemeinderat leistet, möchte er danken. Zu der Steuer selbst zeigt er folgendes auf: Bei einem steuerbaren Einkommen von Fr. 70'000.- macht die Steuererhöhung Fr. 188.-/Haushalt aus. Bei Fr. 100'000.- sind es Fr. 320.- und bei Fr. 150'000.- wären es Fr. 586.-. Somit ist es lächerlich, wegen diesen paar Franken den Gemeindepräsident und -rat hinzuhalten, zu behindern und Zusatzarbeit zu schaffen. Fritz Vögtli ist für die Steuererhöhung und hat Bemerkungen zum Finanzplan. Im vorliegenden Büchlein steht 'Ausfinanzierung der Pensionskasse Solothurn'. In der Zeitung hat er gelesen, dass dies Dornach 11 bis 12 Millionen Franken kosten wird. Arbeiten bei der Gemeinde Dornach rund 80 Personen, so legen wir Fr. 150'000.-/Mitarbeiter auf den Tisch. Dem Kanton sollte mitgeteilt werden, dass dies nicht akzeptiert wird. Fr. 1.1 Milliarden im Solothurn! Er versteht diese Situation nicht. Ist dem wirklich so, enden wir wie von Herrn Massmünster erwähnt und diskutieren über 105 und 110%. Der Vorsitzend bittet die Voten zum Steu-

erfuss zu beschränken. Ergänzend erklärt er, dass noch nicht definitiv geklärt ist, wie dieser Fehlbetrag zu finanzieren ist. Der Kantonsrat wird dies voraussichtlich im März/April 2014 klären. Die Regierung muss dann einen Vorschlag ausarbeiten.

Hans Hasler bittet das Gespräch abubrechen und stellt Antrag zur Abstimmung zu gelangen. Der Gemeindepräsident kommt zur Abstimmung des Ordnungsantrages, da keine weiteren Wortmeldungen festzustellen sind. Er hält fest, dass später zu diesem Thema keine Voten mehr angenommen werden.

⇒ Der Ordnungsantrag wird mit wenigen Gegenstimmen angenommen.

Die erneute Zählung der Versammlung ergibt 500 Anwesende. Das absolute Mehr beträgt 251 Stimmen.

Es werden die verschiedenen Anträge der Steuererhöhung von 10%, 7%, 6%, 3% und zum Schluss der Antrag des Gemeinderates von 5% gegenübergestellt:

⇒ Bei der Gegenüberstellung von 7% zu 10% obsiegt 7% mit grossem Mehr.

⇒ Es werden 7% zu 6% gegenübergestellt. Mit grossem Mehr gewinnt 6%.

⇒ Über Steuererhöhung von 6% zu 3% wird abgestimmt. Es obsiegt 6%.

⇒ Es werden 6% zu 5% gegenübergestellt: Mit 205 zu 203 Stimmen wird eine Steuererhöhung für das Jahr 2014 um 6% beschlossen.

**Beschluss:** Mit grossem Mehr wird

- der Investitionsrechnung zugestimmt.
- die Realloohnerhöhung für das Verwaltungs- und Betriebspersonal sowie für die JMS-Lehrkräfte für das Jahr 2014 auf 0% und die Teuerungszulage auf 0% festgesetzt.
- das geänderte Budget mit einem Steuersatz von 96% für natürliche und juristische Personen und die Laufende Rechnung genehmigt.

---

PROTOKOLLAUSZUG an:

- **Finanzverwaltung**
- **Gemeindepräsidium**

Da keine weitere Wortmeldung festzustellen ist, schliesst der Gemeindepräsident die Versammlung um 23.25 Uhr.

## **GENEHMIGUNGSBESCHLUSS**

**des Büros der Gemeindeversammlung vom 30. Januar 2014 im Sinne von § 13 Abs. 1 der Gemeindeordnung**

## **NAMENS DER EINWOHNERGEMEINDEVERSAMMLUNG DORNACH**

**Der Vorsitzende:**

\_\_\_\_\_  
Christian Schlatter, Gemeindepräsident

**Die Protokollführerin:**

\_\_\_\_\_  
Karin Amhof, Gemeindeschreiberin

**Der Stimmenzähler:**

\_\_\_\_\_  
Rolf Wild

\_\_\_\_\_  
Grob Daniel

\_\_\_\_\_  
Helfenstein Regine

\_\_\_\_\_  
Grossenbacher Daniel

\_\_\_\_\_  
Kilcher Urs

\_\_\_\_\_  
Müller Roland

---

Pannier Claudia

---

Bremgartner Peter

---